

BAUBESCHREIBUNG

1	ALLGEMEINE BESCHREIBUNG DER LEISTUNG	2
1.1	AUSZUFÜHRENDE LEISTUNGEN	2
1.2	AUSGEFÜHRTE VORARBEITEN	7
1.3	AUSGEFÜHRTE LEISTUNGEN	7
1.4	GLEICHZEITIG LAUFENDE BAUARBEITEN	7
1.5	MINDESTANFORDERUNGEN FÜR NEBENANGEBOTE	7
2	ANGABEN ZUR BAUSTELLE	8
2.1	LAGE DER BAUSTELLE	8
2.2	VORHANDENE ÖFFENTLICHE VERKEHRSWEGE	8
2.3	ZUGÄNGE, ZUFAHRTEN	8
2.4	ANSCHLUSSMÖGLICHKEITEN AN VER- UND ENTSORGUNGSLEITUNGEN	9
2.5	LAGER- UND ARBEITSPLÄTZE	9
2.6	GEWÄSSER	9
2.7	SEITENENTNAHMEN UND ABLAGERUNGSSTELLEN	10
2.8	SCHUTZ-BEREICHE UND -OBJEKTE	12
2.9	ANLAGEN IM BAUBEREICH	12
2.10	BAUGRUNDVERHÄLTNISSE	12
3	ANGABEN ZUR AUSFÜHRUNG	13
3.1	VERKEHRSFÜHRUNG, VERKEHRSSICHERUNG	13
3.2	BAUABLAUF	14
3.3	WASSERHALTUNG	16
3.4	BAUBEHELFE	16
3.5	STOFFE, BAUTEILE	17
3.6	ABFÄLLE	17
3.7	WINTERBAU	18
3.8	BEWEISSICHERUNG	18
3.9	SICHERUNGSMÄßNAHMEN	18
3.10	BELASTUNGSANNAHMEN	18
3.11	VERMESSUNGSLEISTUNGEN, AUFMAßVERFAHREN	18
3.12	PRÜFUNGEN UND NACHWEISE	19
4	AUSFÜHRUNGSUNTERLAGEN	20
4.1	VOM AUFTRAGGEBER ZUR VERFÜGUNG GESTELLTE AUSFÜHRUNGSUNTERLAGEN ..	20
4.2	VOM AUFTRAGNEHMER ZU ERSTELLENDEN BZW. ZU BESCHAFFENDEN	20
4.3	UNTERLAGEN, DIE BEIM AG EINZUSEHEN SIND:	20
4.4	SONSTIGES	20
5	ZUSÄTZLICHE TECHNISCHE VERTRAGSBEDINGUNGEN, DIE VERTRAGS- BESTANDTEIL WERDEN	22
5.1	AUFLISTUNG DER ANZUWENDENDEN „ZUSÄTZLICHEN TECHNISCHEN VERTRAGSBEDINGUNGEN“	22
6	HINWEISE ZU DEN POSITIONEN DES LEISTUNGSVERZEICHNISSES	23

1 Allgemeine Beschreibung der Leistung

1.1 Auszuführende Leistungen

Stützeninstandsetzung

Im Zuge der B41 – zwischen Ottweiler und St. Wendel- im Saarland ist am Brückenbauwerk BW 276 bei Niederlinxweiler eine Instandsetzung der sechs Rundstützen auszuführen.

Das Brückenbauwerk überführt die L132 von bzw. nach Niederlinxweiler über die Bundesstraße 41.

Die sechs Stützen/Pfeiler (rund mit \varnothing 80 cm) der Brücke weisen Betonabplatzungen mit freiliegender, korrodierter Bewehrung auf. Zur Instandsetzung und zum Schutz sollen die Stützen mit einer bewehrten Spritzbetonschale (d = 10 cm) ummantelt werden. Der Spritzbeton hat keine statische Mitwirkung und dient nur zum Schutz des Bestandes. Die Bearbeitung der beiden Stützenachsen erfolgt nacheinander.

Vor dem Aufbringen der Spritzbetonschale wird im Bereich des Pfeilerfußes der vorhandene Pflasterbelag aufgenommen und eine Baugrube ausgehoben. Der Aushub erfolgt ca. bis zur Arbeitsfuge zwischen Pfeiler und Bohrpfahl. Die vorhandenen Schadstellen und die restliche Bauteiloberfläche der Stützen sind vorzubereiten. Der Spritzbetonauftrag erfolgt von Unterkante Kopfbalken bis zum Übergang zwischen Pfeiler und Bohrpfahl. Die Fuge zum Kopfbalken wird mit einer Hartschaumplatte abgestellt. Beim Einbau der Bewehrung sind die einzelnen Stäbe bei Bedarf vor Ort abzuschneiden und anzupassen. Die Oberfläche des Spritzbetons wird spritzrau belassen. Die Baugrube am Pfeilerfuß wird nach der Fertigstellung der Schale mit den seitlich gelagerten Massen verfüllt. Der Pflasterbelag ist mit den ausgebauten oder neuen Steinen wiederherzustellen.

Die bestehenden Messbolzen im unteren Bereich sind abzutrennen. Das Wiedereinbringen von neuen Messbolzen (des AG) erfolgt nach Vorgabe des AG.

Für die Herstellung des Spritzbetons ist ein Arbeits- und Schutzgerüst vorgesehen. Ebenso sind Schutzmaßnahmen für den laufenden Straßenverkehr entlang der Arbeitsstelle herzustellen.

Des Weiteren ist die Lieferung der Ausführungsunterlagen die zur Durchführung der Arbeiten erforderlichen Baubehelfe Auftragsgegenstand.



Foto 1: Ansicht Stützenreihe Seite Blies



Foto 2: Ansicht Stützenreihe Seite Niederlinxweiler

Arbeiten am Fahrzeugrückhaltesystem (Super-Rail)

Bei den auszuführenden Leistungen handelt es sich um den temporären Rückbau des vorhandenen Fahrzeugrückhaltesystems (Super-Rail (SR)) um Instandsetzungsarbeiten an den äußeren Brückenpfeiler jeder Fahrtrichtung ausführen zu können. Das geöffnete System wird mit Kurzabsenkungen abgesichert.

Nach der erfolgten Instandsetzung der Pfeiler, wird das rückgebaute System, einschl. der erforderlichen Verschwenkung, unter Berücksichtigung des Wirkungsbereiches wieder aufgebaut und an den vorhandenen Bestand angeschlossen.

Die Arbeiten umfassen insbesondere folgende Leistungen:

Richtungsfahrbahn St. Wendel

- Rückbau der SR auf einer Länge von 44,00 m, im Schutz der Verkehrssicherung (TSE) und Einlagerung der wiederverwendbaren Teile auf Gelände des AN.
- Aufbau von zwei Kurzabsenkungen (l=7,50m). Teile bleiben Eigentum des AN!

Instandsetzungsarbeiten an den Pfeilern.

- Rückbau und Zwischenlagerung der Kurzabsenkungen für den Aufbau im 2. Bauabschnitt
- Aufbau der SR des AG gem. RSA Bild 9a unter Berücksichtigung des Wirkungsbereiches vor den Pfeilern und Anschluss an den vorhandenen Bestand, im Schutz der aufgebauten TSE.

Richtungsfahrbahn Ottweiler

- Nach dem Umbau der Verkehrssicherung für den 2. BA erfolgen die Arbeiten analog der Richtungsfahrbahn St. Wendel.

Alle sich aus dieser Art der Ausführung ergebenden Erschwernisse sind in die entsprechenden Positionen des Leistungsverzeichnisses einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

Weiterhin sollte sich vor Kalkulation der Maßnahme die betroffenen Streckenabschnitte in der Örtlichkeit angesehen werden.

Sämtliche Kleinteile, wie z.B. Decklaschen, Verschraubungsmaterial sind im Rahmen der Demontagearbeiten einzusammeln und fachgerecht zu entsorgen. Gleiches gilt für nicht mehr verwendbare Bauteile (z.B. Pfosten). Auf keinen Fall dürfen Kleinteile im Bankettbereich nach dem Verlassen der Baustelle zurückbleiben. Der Baustellenbereich ist gesäubert zu verlassen.

Alle demontierten Bauteile der SR sind auf Paletten im abgesperrten Lagerplatz des AN, bis zum Wiederaufbau, zwischenzulagern.

Auftraggeberaufgaben nach Baustellenverordnung

Die Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen vom 10. Juni 1998 (Baustellenverordnung -BaustellV, geändert 01.April 2023) ist zu beachten.

Vorankündigung (Entfällt)

Bei Baustellen gemäß § 2. Abs. 2 BaustellV ist unmittelbar nach Auftragserteilung, spätestens jedoch 2 Wochen vor Einrichtung der Baustelle, eine Vorankündigung an das

*Landesamt für Umwelt und Arbeitsschutz (LUA),
Don-Bosco-Straße 1,
66119 Saarbrücken*

zu übermitteln. Die Vorankündigung ist sichtbar auf der Baustelle aufzuhängen und bei erheblichen Änderungen anzupassen.

Die Vorankündigung ist gemäß Anlage zu erstellen. Unter Nr. 3 (Name und Anschrift des an Stelle des Bauherren verantwortlichen Dritten) ist der SiGe-Koordinator zu benennen. Dem Landesbetrieb für Straßenbau ist die vollständig ausgefüllte Vorankündigung zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan erstellen und anpassen (Entfällt)

Die Erstellung und ggf. Anpassung des SiGe-Planes gemäß Baustellenverordnung und den Regeln zum Arbeitsschutz auf Baustellen (RAB) werden dem Auftragnehmer übertragen. Der SiGe-Plan ist in enger Abstimmung mit der vorgesehenen Baustelleneinrichtung und dem geplanten Bauablauf und unter Berücksichtigung der benannten Nachunternehmer aufzustellen. Technische Nebengebote sind im Falle der Beauftragung entsprechend zu berücksichtigen.

Die Erstellung und ggf. Anpassung des SiGe- Planes gemäß Baustellenverordnung und den Regeln zum Arbeitsschutz auf Baustellen (RAB) werden dem Auftragnehmer übertragen.

Der SiGe–Plan beinhaltet:

- die zu erwartenden Gefährdungen während der Bauausführung für die einzelnen Arbeiten in örtlicher und zeitlicher Hinsicht,
- die notwendigen Einrichtungen und Maßnahmen zur Abwendung dieser Gefährdungen,
- die anzuwendenden Arbeitsschutzbestimmungen und
- die abstimmende Koordination gegenüber anderen gleichzeitig laufenden Baumaßnahmen.

Die Darstellung hat in übersichtlicher Form zu erfolgen. Hierzu liegen bei verschiedenen Stellen, z.B. den Berufsgenossenschaften der Bauwirtschaft, unverbindliche Musterpläne sowie Leitfäden zur Erstellung des SiGe-Planes vor.

Derartige Muster sind jeweils konkret auf die Baumaßnahme abzustimmen. Eine pauschale Übernahme bzw. die Verwendung von schematischen Pflichtenheften und Aufstellungen als SiGe-Plan genügen nicht.

Bei Veränderungen der Baustelleneinrichtung und des Bauablaufs müssen daraus sich ergebende Veränderungen im SiGe-Plan leicht nachvollziehbar sein.

Es empfiehlt sich bei der Aufstellung des Baustelleneinrichtungsplanes und des Bauablaufplanes die Inhalte der SiGe-Planung bereits zu berücksichtigen.

Der SiGe-Plan besteht zumindest aus:

(a) Deckblatt mit

- Bezeichnung der Baumaßnahme
- Name/Anschrift des Auftragnehmers
- Name/Anschrift/Tel.-Nr. des AN-Vertreters für die Leitung der Ausführung
- Name/Anschrift/Tel.-Nr. des Koordinators nach BaustellV
- Name/Anschrift/Tel.-Nr. des Vertreters des Koordinators nach BaustellV
- Inhaltsangabe über die nachfolgenden Einzelteile

(b) Beschreibender Teil mit

- Konkret auf die Baustelle bezogene Organisationsregeln (erste Hilfe; Arbeitsplätze/Verkehrs- und Fluchtwege/Unterkünfte; persönliche Schutzausrüstungen und dgl.)
- Angaben zur Koordination Hauptunternehmer / Nachunternehmer / Unternehmer ohne Beschäftigte
- Angaben zur Koordination mit anderen, gleichzeitig laufenden Baumaßnahmen.

(c) Planteil

Entsprechend vorgenannter Beschreibung konkretisierte Musterpläne bzw. alternativ im Sinne Baustell V ergänzter Baustelleneinrichtungsplan des Auftragnehmers und im Sinne BaustellV ergänzter Bauzeitenplan des Auftragnehmers.

Ggf. weitere Planunterlagen und Darstellungen.

Das Erstellen und Anpassen der Unterlagen nach §3 Absatz 2 Nr. 3 Baustellenverordnung ist nicht erforderlich.

Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator während der Ausführung des Bauvorhabens stellen

1. Die Aufgaben des Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinators gemäß Baustellenverordnung werden dem Auftragnehmer (AN) für die in den Verdingungsunterlagen beschriebene Baumaßnahme und ggf. für folgende gleichzeitig laufende bzw. zeitweise sich überschneidende weitere Baumaßnahmen (Baustellen) mit folgenden vertraglich vereinbarten/voraussichtlichen Ausführungszeiten übertragen:

siehe 1. Allgemeine Beschreibung der Leistung
und 2. Angabe zur Baustelle

2. Für folgende, weitere Baustellen, die sich örtlich und/oder zeitlich mit den unter 1. genannten Baustellen überschneiden, sind eigene Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinatoren zuständig bzw. vorgesehen:

(Bezeichnung der Baustelle, Ortsangabe, Ausführungszeit, ggf. Name des AN, ggf. Name des Koordinators)

Parallel laufende Baustellen sind nicht bekannt, die vorgenannten Punkte sind daher nicht auszuführen.

3. Die Aufgaben des Sicherheits- & Gesundheitsschutzkoordinators sind:

- Sicherheits- und Gesundheitsschutzpläne gemäß Vorgaben des AG ausarbeiten zu lassen (§ 3 Abs. 2 Nr. 2 BaustellV) und aufeinander abstimmen. Prüfen der Sicherheits- und Gesundheitsschutzpläne und Kontrolle der Anpassung sowie Hinwirken auf die Einhaltung der Sicherheits- und Gesundheitsschutzpläne. --> Entfällt.
- Wahrnehmen der Aufgaben nach § 3 Abs. 3 BaustellV (ausgenommen Satz 3) entsprechend der "Erläuterung zur Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (Baustellenverordnung)."
- Kontrolle der Vorankündigung(en). --> Entfällt.

Gegebenenfalls Hinwirken auf das Einhalten der Baustellenordnung sowie der Baustelleneinrichtungspläne der Baustellen unter 1. zur Vermeidung gegenseitiger Gefährdungen.

Berücksichtigen sicherheits- und gesundheitsschutzrelevanten Wechselwirkungen zwischen Arbeiten auf der Baustelle und anderer betrieblicher Tätigkeiten oder Einflüsse auf oder in der Nähe der Baustelle.

Kontrolle der Absicherung der Baustellen unter 1. mit dem Ziel der Vermeidung gegenseitiger Gefährdungen.

Organisieren und Durchführen von Sicherheitsbesprechungen und -begehungen, Auswerten der Ergebnisse und Unterrichten des AGs.

Abstimmungen führen mit den unter 2. angegebenen Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinatoren zu sicherheits- und gesundheitsschutzrelevanten Wechselwirkungen aus örtlichen und/oder zeitlichen Überschneidungen der Baustellen unter 1. und 2.; Auswerten der Ergebnisse und Unterrichten des Auftraggebers.

Bei Bedarf:

Anpassen und Fortschreiben der Unterlage mit den erforderlichen, bei möglichen späteren Arbeiten an der baulichen Anlage, zu berücksichtigenden Angaben zu Sicherheit und Gesundheitsschutz (§ 3 Abs. 2 Nr. 3 BaustellV).

4. Die Aufgaben des Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinators sind mit den Abnahmen der Baumaßnahmen unter 1. erfüllt.

5. Der AN hat unverzüglich nach Auftragserteilung dem AG Name und Anschrift des Koordinators und des Stellvertreters auf Vordruck des AGS zu benennen.

Der SiGe-Koordinator darf kein Mitarbeiter des AN sein, sondern ein unabhängiger Dritter.

1.2 Ausgeführte Vorarbeiten

Durch den Auftraggeber wird auf der Umleitungsstrecke für den Verkehr in Richtung Ottweiler am Ende der Abfahrt bzw. im Kreuzungsbereich eine unbefestigte Fläche provisorisch asphaltiert.

1.3 Ausgeführte Leistungen

Keine

1.4 Gleichzeitig laufende Bauarbeiten

Während der Dauer der Bauarbeiten werden im Baubereich keine gleichzeitig laufenden Arbeiten der Straßenbauverwaltung durchgeführt.

1.5 Mindestanforderungen für Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

2 Angaben zur Baustelle

2.1 Lage der Baustelle

Das Brückenbauwerk BW 276 überführt die L132 (Ottweilerstraße) von bzw. nach Niederlinxweiler über die Bundesstraße 41.



Abbildung 3: Übersicht (Auszug aus Google.Maps)

Nächster Ort

Das Bauwerk liegt in der Nähe des Stadtteils Niederlinxweiler von St. Wendel.

2.2 Vorhandene öffentliche Verkehrswege

Straße

Das Bauwerk überführt die Ottweilerstraße (L132) bzw. die Äste der B41. Der Baubereich ist über die untenliegende B41 zu erreichen.

2.3 Zugänge, Zufahrten

Zugänge und Zufahrten sind aufrecht zu erhalten. Baulich notwendige Unterbrechungen und Arbeiten sind auf das notwendige Maß zu beschränken.

Zur Baustelle

Soweit es sich bei den Zufahrts- und Wirtschaftswegen um private oder Anliegerwege handelt, übernimmt der AG keine Gewähr für den Transport der Geräte, Baumaschinen und Baumaterialien. Dem AG ist eine Bescheinigung der Straßen- und Wegeeigentümer vorzulegen, aus der eindeutig hervorgeht, dass die Benutzung der Zuwegungen zu und von der Baustelle von den entsprechenden Eigentümern gestattet ist.

Aus der Benutzung der Straßen und Wege herrührende Ansprüche und gestellte Auflagen hat der AN selbst zu befriedigen. Die Kosten für die hier aufgeführten Maßnahmen und notwendigen Transportstraßen sind in die Baustelleneinrichtung einzurechnen und werden nicht vergütet.

Es wird empfohlen sich über die Möglichkeit der Baustellenzufahrten und Lagerplätze durch Besichtigung der Örtlichkeit genau zu informieren.

Die beim Transport von Erdmassen und Baumaterialien verschmutzten öffentlichen Straßen sind ständig zu säubern. Dies ist in die Baustelleneinrichtung einzukalkulieren und wird nicht gesondert vergütet!

2.4 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Anschlüsse an Ver- und Entsorgungsleitungen werden vom AG nicht zur Verfügung gestellt. Der AN hat sich diese im Bedarfsfall auf eigene Kosten zu beschaffen.

2.5 Lager- und Arbeitsplätze

Flächen für Baustelleneinrichtung, Lager- und Arbeitsplätze können vor, hinter und unter der Brücke auf dem jeweiligen gesperrten Bereich der B41 sowie in der Fahrbahnverengung auf dem Bauwerk innerhalb der Verkehrssicherung angeordnet werden und, soweit sie im Besitz des AG sind, zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus benötigte Flächen hat der AN anzumieten.

Der AN hat die Einrichtungen auf den Flächen für Baustelleneinrichtung, Lager- und Arbeitsplätze für den Wechsel der Bauabschnitte zu räumen und anschließend erneut einzurichten.

Für Schäden, die durch unsachgemäße Nutzung der Lager- und Arbeitsplätze, Eindrücke durch schwere Lasten usw. entstehen, haftet der AN.

Nach Abschluss der Baumaßnahme sind die Flächen wieder in den Urzustand zu versetzen. Die vom AN durchgeführte Beweissicherung ist Grundlage für die ggf. erforderlichen Wiederherstellungsarbeiten.

Plätze für Baustelleneinrichtung

Der AN hat dem AG Baustelleneinrichtungspläne zur Genehmigung vorzulegen. Darin sind alle für den Baubetrieb und den An- und Abtransport vorgesehenen Straßen und Wege sowie Unterkünfte, sanitäre Anlagen, Wasserver- und Entsorgungsleitungen, Kranstandorte usw. darzustellen.

Baustelleneinrichtung, Treibstofflager, Platz zum Auftanken, Reparatur- und Waschplätze, WC usw. innerhalb und außerhalb des Baubereichs sind zu umzäunen und in die Position Baustelleneinrichtung einzukalkulieren.

2.6 Gewässer

Entfällt.

2.7 Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen

1 Ansprechpartner LfS

Abstimmungen und Bevollmächtigungen erfolgen über folgende Personen des LfS:

Ansprechpartner	Kevin Finkler, Tel.: 06821 100 - 585
Vertreter	Steffen Müller, Tel.: 06821 100 - 591
Mail	abfallbeauftragter@lfs.saarland.de

2 Entsorgung von gefährlichem Abfall

Gefährlicher Abfall: Allgemeines

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz KrWG sowie die Nachweisverordnung NachwV sehen für gefährliche Abfälle ein zweigeteiltes Nachweisverfahren vor: Vorabkontrolle (Entsorgungsnachweis) und Verbleibskontrolle (Begleitscheinverfahren). Für beide Verfahren wird der AN als Bevollmächtigter eingesetzt. Der AG bleibt weiterhin Abfallerzeuger.

Der Entsorgungsweg kann vom AN gewählt werden. Er hat hierfür einen Entsorgungsnachweis zu erstellen. Ohne Vorliegen eines Entsorgungsnachweises ist die Abfuhr von Massen nicht zulässig. Die notwendige Bearbeitungszeit für den Entsorgungsnachweis ist zu berücksichtigen.

Die signierten Dokumente (Entsorgungsnachweis, Begleitscheine) sind dem elektronischen Postfach des AG unmittelbar nach Signatur zuzusenden. Ohne Zusendung der Unterlagen erfolgt keine Vergütung der entsprechenden Leistungspositionen.

Für die Entsorgung in anderen Bundesländern sind die erforderlichen Genehmigungen bei den dort zuständigen Behörden zu beantragen.

Gefährlicher Abfall: Ergänzendes Formblatt Verfahrensbevollmächtigung (EGF)

Im Ergänzendes Formblatt ist unter „Angaben zum Abfallerzeuger / -besitzer“ sowie unter „Angaben zum Erzeugerbetrieb“ der Landesbetrieb für Straßenbau Saarland einzutragen.

Das Ergänzendes Formblatt Verfahrensbevollmächtigung (EGF) ist in Papierform (als pdf-Datei per Mail) vom AN ausgefüllt an den Abfallbeauftragten des LfS zu senden. Unter „Angaben zum Beauftragten“ ist als Rechnungsempfänger (für die Gebühren des Landesamtes für Umwelt- und Arbeitsschutz (LUA)) der AN einzutragen.

Nach Unterschrift des LfS (Bearbeitungszeit durch den LfS bis 2 Tage nach Eingang) wird das EGF vom LfS an den AN sowie an das Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz (LUA) per Mail übermittelt.

Gefährlicher Abfall: Entsorgungsnachweis, Deckblatt

Im Deckblatt des Entsorgungsnachweises ist unter „Angaben zum Abfallerzeuger“ der Landesbetrieb für Straßenbau Saarland einzutragen.

Gefährlicher Abfall: Entsorgungsnachweis, verantwortliche Erklärung

In der verantwortlichen Erklärung des Entsorgungsnachweises ist im Feld „Abfallherkunft“ der Landesbetrieb für Straßenbau Saarland mit der Erzeugernummer K43E01500/2 einzutragen. Unter „Bezeichnung der Anfallstelle“

ist die Bezeichnung der Bauleistung mit der zugehörigen Projekt- und Maßnahmennummer des Landesbetriebes für Straßenbau (s. Zuschlagsschreiben) einzutragen.

Gefährlicher Abfall: Übergabe Entsorgungsnachweis und Begleitscheine an Bauüberwachung des AG

Nach behördlicher Bestätigung ist der Entsorgungsnachweis der Bauüberwachung des AG in Papierform und als PDF-Datei zu übergeben.

Wöchentlich ist der Bauüberwachung des AG eine Übersichtsliste der Begleitscheine mit Mengenangaben zu übergeben. Nach Abschluss der Entsorgung sind die Begleitscheine ausgedruckt in Papierform sowie eine Gesamtübersichtsliste der Begleitscheine mit Mengenangaben zu übergeben.

Ohne die Vorlage des Entsorgungsnachweises und der Begleitscheine erfolgt keine Vergütung der entsprechenden Leistungspositionen.

Gefährlicher Abfall: Gebühren und Kosten

Die Gebühren des Landesamtes für Umwelt- und Arbeitsschutz (LUA) sowie Kosten, die bei der Erstellung des Entsorgungsnachweises bzw. der Begleitscheine anfallen, sind einzukalkulieren.

Die Kosten für den Transport zur Entsorgungsstelle und die Kosten für die Entsorgung sind in die jeweiligen Positionen einzurechnen. Die Erstschrift der Wiegescheine ist der Bauüberwachung des AG unverzüglich zu übergeben. Die Nummer des jeweiligen Wiegescheins ist in das Bemerkungen-Feld des zugehörigen elektronischen Begleitscheins einzutragen.

Die Kosten für eine erforderliche Haufwerksbeprobung für die Entsorgung auf einer Deponie hat der Auftragnehmer durchzuführen und mit einzukalkulieren. Die Analysenergebnisse sind dem AG vorzulegen. Die Beprobung (Probenahme, Probevorbereitung und Untersuchung) ist von fachkundigen und akkreditierten Personen und Untersuchungsstellen gemäß Deponieverordnung und LAGA durchzuführen.

Gefährlicher Abfall: Teer- / pechhaltiger Straßenaufbruch, Einstufung Gefährlichkeit

Die Einstufung der Gefährlichkeit erfolgt im Saarland entsprechend der „Vollzugshilfe zur Ordnung von Abfällen zu den Abfallarten eines Spiegeleintrages der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (AVV)“ (LUA Saarland, Januar 2011). Gefährlicher Abfall (Abfallschlüssel 170301*) liegt nach dieser Vollzugshilfe vor, wenn der PAK-Gehalt > 100 mg/kg beträgt.

Abweichend hiervon liegt gefährlicher Abfall (Abfallschlüssel 170301*) im Sinne dieses Bauvertrages vor, wenn der PAK-Gehalt > 25 mg/kg beträgt.

3 Entsorgung von nicht gefährlichem Abfall

Nicht gefährlicher Abfall: Allgemeines

Die Kosten für die Entsorgung sind in die jeweiligen Positionen einzurechnen. Sofern für die Annahme der Massen eine Haufwerksbeprobung erforderlich ist, ist diese vom AN durchzuführen und mit einzukalkulieren. Die Analysenergebnisse sind dem AG vorzulegen. Die Beprobung (Probenahme, Probevorbereitung und Untersuchung) ist von fachkundigen und akkreditierten Personen und Untersuchungsstellen gemäß Deponieverordnung und EBV durchzuführen.

2.8 Schutz-Bereiche und –Objekte

Bäume und Flurgehölze

Verunreinigungen der genutzten Flächen werden auf das Mindestmaß begrenzt. Benutzte Flächen werden entsprechend dem ursprünglichen Zustand unter Wahrung der landschaftlichen Belange hergerichtet. Bäume, Grünflächen und Sträucher im Baubereich werden nur so weit beseitigt, wie es zur Ausführung der Bauarbeiten unumgänglich ist.

Verunreinigungen der Grünflächen sind strengstens untersagt.

Die Beseitigung von Verunreinigungen oder Schäden geht zu Lasten des AN.

Immissionsschutz-Bereiche und –Objekte

Alle gesetzlichen Vorschriften des Umweltschutzes –insbesondere Lärmschutz sind vom AN einzuhalten. Der AN hat sicherzustellen, dass durch seine Baustellentätigkeiten keine Staubbelästigungen entstehen und die Nutzung angrenzender Grundstücke nicht derart eingeschränkt wird, dass Ausgleichsansprüche im Sinne des § 906 Abs. 2, BGB entstehen.

Gewässer, Wasserschutzgebiete

Die Maßnahme liegt in keinem Wasserschutzgebiet.

2.9 Anlagen im Baubereich

Leitungen

Der AN hat sich über eventuell vorhandene Leitungen bei den Leitungsträgern zu informieren und sich gegebenenfalls einweisen zu lassen.

Dem AN wird zur Auflage gemacht, mindestens 5 Tage vor Beginn der Bauarbeiten die Leitungsträger zu benachrichtigen, falls sich Leitungen im Baustellenbereich befinden.

2.10 Baugrundverhältnisse

Im Saarland wurde in der Vergangenheit im Straßenbau Hochofenschotter verwendet. Dieser wird dem Homogenbereich HB 3 - FRS zugerechnet. Wird Hochofenschotter bei den Bauarbeiten angetroffen, ist unverzüglich die Bauüberwachung des AG zu informieren. Die Erschwernisse bei diesen Arbeiten werden über entsprechende Positionen abgegolten.

3 Angaben zur Ausführung

3.1 Verkehrsführung, Verkehrssicherung

Die Verkehrssicherung der Baustelle ist gemäß den Richtlinien für die verkehrsrechtliche Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA 21) durchzuführen. Sämtliche Absperrgeräte und Beschilderungen sind vom AN zu stellen, vorzuhalten, zu unterhalten, umzusetzen und abzubauen. Die zu verwendenden Verkehrszeichen müssen den gültigen Normen und Richtlinien entsprechen. Gleiches gilt für Aufstellung, Befestigung und Beleuchtung. Bestehende Beschilderungen, die der Baustellen- bzw. Umleitungsbeschilderung widersprechen, sind kontaktlos abzudecken.

Die Verkehrssicherung erfolgt über die komplette Dauer durch den Verkehrssicherer. Die im Zuge der Verkehrssicherung erforderlichen Abstimmungstermine mit den zuständigen Behörden, die Erstellung und Einreichung der erforderlichen Pläne für alle Verkehrsführungen werden durch den AG übernommen.

Die Beantragung der verkehrsrechtlichen Anordnung (VRA) zur Verkehrsbeschränkung hat bei der zuständigen Verkehrsbehörde rechtzeitig (i.d.R. 14 Tage) vor Beginn der Arbeiten zu erfolgen. Dem Antrag sind Verkehrszeichenpläne (Abmessungen der Eng- und Sperrstellen, Aufstellort der Absperrungen und Verkehrszeichen u. ä.) gemäß RSA beizufügen. Zusätzlich sind der für die Verkehrssicherung verantwortliche Firmenvertreter sowie sein Stellvertreter mit Telefonnummer beim Antrag auf VRA zu benennen.

Der Verkehrszeichenplan auf Basis der RSA muss auf die Baustelle selbst bezogen sein und der Örtlichkeit entsprechen (erstellt AG).

Die Beantragung der VRA erfolgt beim LfS per Mail unter verkehrsrecht@lfs.saarland.de.

Die Verkehrssicherungspflicht liegt mit Beginn der Einrichtung bis zur vollständigen Räumung der Verkehrssicherung in der Verantwortung des AN. Die ordnungsgemäße Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht umfasst regelmäßige, mindestens zweimal tägliche Kontrollen der Beschilderungsmaßnahmen.

Alle Kontrollen sind mit einem elektronischen Kontrollgerät (z.B. Service-Control der Firma Berghaus oder gleichwertig), welches der Anordnungsnehmer zu stellen hat, durchzuführen und nachzuweisen. Die Kontrollberichte sind dem AG unaufgefordert zur Verfügung zu stellen.

Der für die Inbetriebnahme des Gerätes erforderliche Erkennungschip ist auf der Baustelle in Abstimmung mit dem AG zu installieren.

Alle Verkehrszeichen, die auf eine Baustelle hinweisen, dürfen erst unmittelbar vor Beginn der Bauarbeiten aufgestellt werden. Wo dies nicht möglich ist, die vield Verkehrszeichen bis zum Beginn der Bauarbeiten zu verdecken. Berührungsfreie Systeme sind bei den großen Baustellenvorwegweisern vorzusehen.

Die in der Örtlichkeit vorhandenen, der Anordnung widersprechenden Verkehrszeichen sind kontaktlos auszukreuzen bzw. abzubauen (abzudecken).

Mit der Abgabe des Angebotes ist unter Hinweis auf die RSA 21 der zuständige Verantwortliche für die Sicherung der Arbeitsstellen nebst Nachweis der Eignung und Qualifikation sowie seine Erreichbarkeit bei Tag und Nacht zu benennen. Die Anforderungen an die Beschilderung und die Aufstellvorrichtungen sind in der ZTV-SA 97 geregelt.

Der AN haftet für Schäden, die durch Dritte verursacht werden, wenn diese auf unsachgemäße Verkehrssicherungseinrichtungen oder auf mangelhafte Instandhaltung zurückzuführen sind.

Für die Verkehrssicherungsmaßnahmen sind beide Verkehrszeichenpläne gleichermaßen zu beachten. Siehe entsprechende Hinweise auf den Plänen.

Die Maßnahme erfolgt unter Verkehr, mit Verkehrseinschränkung auf der B41 und auf dem Brückenbauwerk. Der Baubereich wird durch eine transportable Schutzeinrichtung vom fließenden Verkehr abgegrenzt.

Für den Auf-, Um- und Abbau der transportablen Schutzeinrichtung wird eine Vollsperrung der B41 eingerichtet.

Zur Durchführung der Bauarbeiten wird die Vollsperrung im Baubereich in eine Einbahnstraßenregelung umgebaut. Damit sind der Standstreifen und ein Fahrstreifen gesperrt. Der Verkehr in Richtung St. Wendel wird durch die Baustelle in der Einbahnstraße geführt. In Richtung Ottweiler erfolgt eine Umleitung über den Auf- und Abfahrtsast. Auf der Brücke wird die Fahrbahn jeweils auf Seite der Böschungstreppe des jeweiligen Bauabschnittes eingeengt.

Folgende Vorgehensweise ist geplant:

- 1.) Einrichten der Vollsperrung zum Aufbau der transportablen Schutzeinrichtung (TSE)
- 2.) Nach Aufbau der TSE direkter Umbau der Vollsperrung zur Einbahnstraßenregelung mit Detail A zum Einrichten der Baustelle.
- 3.) Nach Fertigstellung des 1. Bauabschnittes Umbau der Einbahnstraßenregelung mit Detail A zur Vollsperrung zwecks Umbaus der TSE für den 2. Bauabschnitt
- 4.) Nach Umbau der TSE direktes Umsetzen von Vollsperrung zur Einbahnstraßenregelung mit Detail B.
- 5.) Nach Fertigstellung des 2. Bauabschnittes Umbau der Einbahnstraßenregelung mit Detail B zur Vollsperrung zwecks Abbau der TSE zum Räumen der Baustelle
- 6.) Rückbau der Vollsperrung nach Abbau der TSE.

3.2 Bauablauf

Die Bauzeit für die gesamte Maßnahme beträgt ca. 6 Wochen. Die konkrete Bauzeit wird in den Vertragsbedingungen festgehalten.

Der Bauzeitenplan ist bei Bedarf (z.B. bei Umstellung des Bauablaufs, bei Ausführung zusätzlicher Leistungen, etc.) zu aktualisieren, wenn notwendig auch wöchentlich.

Reihenfolge und Abwicklung der Arbeiten

Die Arbeiten sind vom AN so zu koordinieren, dass einzelne Arbeiten gleichzeitig ausgeführt werden. Alle Dispositionen bleiben jedoch dem AN überlassen, im Rahmen der Vertragsfristen.

Die nachfolgende quantitative Auflistung der durchzuführenden Arbeiten stellt keine detaillierte Aufzählung der einzelnen Maßnahmen und deren Reihenfolge dar. Diese gibt lediglich einen Überblick über die Art der Tätigkeiten und deren mögliche, ggf. vorabgestimmte Reihenfolge wieder.

Bauwerk BW 276 – Stützeninstandsetzung

Für die Stützeninstandsetzung ist folgender grober Ablauf vorgesehen:

- 1) Einrichten Verkehrssicherung
- 2) Rückbau Fahrzeugrückhaltesystems (FRS) und Aufbau der Kurzabsenkungen
- 3) Einrichtung Baustelle
- 4) Pflaster aufnehmen und Baugrube am Stützenfuß herstellen
- 5) Herstellen Arbeits- und Schutzgerüst, ggf. umbauen.
- 6) Schadstellen und Betonoberfläche vorbereiten
- 7) Bewehrungsarbeiten
- 8) Herstellen der Spritzbetonschale
- 9) Rückbau des Arbeits- und Schutzgerüsts
- 10) Baugrube verfüllen und Pflaster wiederherstellen
- 11) Wiederherstellung FRS
- 12) Räumen der Baustelle
- 13) Verkehrssicherung umbauen / abbauen

Die Arbeitsschritte 1) bis 13) wiederholen sich je Stützenreihe (Bauabschnitt).

Die Arbeitsschritte 4) bis 10) fallen je Stützenreihe (Bauabschnitt) mehrfach an und können nach Wahl und Disposition des AN nacheinander oder parallel ausgeführt werden.

Bedingungen für Arbeiten außerhalb der üblichen Arbeitszeit, z. B. nachts, sonntags

Für Arbeiten in geschützten Zeiten sind nach geltendem Landesrecht Ausnahmegenehmigungen, Anzeigen etc. erforderlich. Der AN hat unter Beachtung des geplanten Bauablaufs, der anzuwendenden Bauverfahren und des geplanten Maschineneinsatzes, rechtzeitig vorher, bei den zuständigen Stellen erforderliche Ausnahmen zu beantragen bzw. die relevanten Bauarbeiten anzuzeigen.

Die Durchführung der Arbeiten ist nur zu den üblichen Arbeitszeiten tagsüber vorgesehen.

Um die Belästigung der angrenzenden Anwohner durch Baulärm auf ein Minimum zu reduzieren, sind für den Laustärkepegel die Immissionsrichtwerte der AVV Baulärm einzuhalten.

3.3 Wasserhaltung

Entfällt.

3.4 Baubeihelfe

Die Vergütung erfolgt zu 50 % des auf den jeweiligen Bauabschnitt entfallenden Teilbetrages nach Abnahme der fertiggestellten Beihelfe. Die restlichen 50 % werden nach Rückbau der Beihelfe ausgezahlt (einschließlich Beseitigung der Gerüstfundamente).

Befestigungen von Gerüsten an vorhandenen Bauwerken sind nur nach Zustimmung des AG zulässig. Hierfür sind dem AG die maßgebenden Ausführungsunterlagen vorzulegen. Befestigungen an zu bearbeitenden Bauteilflächen werden nur zugelassen, wenn hierdurch keine wesentlichen Behinderungen bei der Baudurchführung und keine Qualitätseinbußen auftreten.

Werden Gerüste zur Aufnahme von Strahlgutrückständen und/oder Abbruchmaterial benutzt, ist durch regelmäßiges Räumen der Gerüstböden sicher zu stellen, dass die zulässigen Belastungen nicht überschritten werden und dass der Arbeitsfortschritt nicht erschwert wird.

Das Reinigen und Abräumen der Gerüste von Verschmutzungen, Abfällen und Rückständen jeder Art und deren ordentliche und vollständige Entsorgung sind in die Gerüstpositionen einzurechnen.

Stehen Gerüstjoche beiderseits von Verkehrsräumen, sind diese durch transportable Schutzeinrichtungen zu schützen. Der lichte Abstand zwischen Joch und Abweissicherung muss der Zulassung der Schutzeinrichtung entsprechen.

Treppentürme werden nicht gesondert vergütet.

Sollten Ankerlöcher zur Befestigung der Baubeihelfe am Bauwerk notwendig sein, sind diese nach Beendigung der Baumaßnahme fachgerecht wieder zu verschließen.

Arbeits- und Schutzgerüste (Brückenbau)

Für die Stützeninstandsetzung ist ein Arbeits- und Schutzgerüst herzustellen.

3.5 Stoffe, Bauteile

Brückenbau

Betonabbruch

Betonabbruch im gesamten Baubereich darf nur mit leichten Abbauhämmern bzw. mit Höchstdruckwasserstrahlen durchgeführt werden.

Stahlbeton, Spannbeton

Betongüte und Expositionsclassen sind den Planunterlagen zu entnehmen.

Die Maßnahmen zur Nachbehandlung sind den Witterungsverhältnissen anzupassen. Kosten für die Nachbehandlung sind in die jeweilige Herstellposition einzurechnen. Chemische Nachbehandlungsmittel sind nicht zugelassen.

Die Schal- und Bewehrungsarbeiten sind vor der Bewehrungsabnahme durch die örtliche Bauüberwachung des AG durch die Bauleitung des AN zu kontrollieren. Die Bauleitung des AN hat die planmäßige und ordnungsgemäße Ausführung gemäß den freigegebenen Schal- und Bewehrungsplänen im Bautagebuch zu dokumentieren.

Die Schal- und Bewehrungsabnahme ist von der Bauleitung des AN **drei** Werktage vor dem Betonieren des entsprechenden Bauteils beim AG anzumelden.

Mit dem Betonieren darf erst begonnen werden, wenn Schalung und Bewehrung von der örtlichen Bauüberwachung abgenommen und freigegeben worden ist.

Fahrzeugrückhaltesystem

FRS: Es sind nur Bauteile mit gültigen Prüfzeugnissen zugelassen.

Sämtliche Baustoffe und Teile, die zur Durchführung der Arbeiten gebraucht oder notwendig werden, sind vom Auftragnehmer zu stellen.

Auf Verlangen sind die Einbauanleitungen dem AG vorzulegen.

3.6 Abfälle

Bei der Umsetzung der Maßnahmen ist von folgenden anfallenden Abfallstoffen auszugehen:

- Boden, AVV-Nr.: 17 05 04
- Beton, AVV-Nr.: 17 01 01
- Bauschutt, AVV-Nr.: 17 01 07
- Strahlmittelabfälle, AVV-Nr.: 12 01 17
- Kunststoff, AVV-Nr.: 17 02 03

Fallen beim Aufbau des FRS Bohrkerne an, so wird der AN Abfallerzeuger. Die ausgebauten Materialien sind auf eine zugelassene Deponie zu verbringen. Der AN händigt dem AG die von allen Beteiligten unterschriebene "Anlieferungserklärung für Bodenaushub und Bauschutt" aus.

Die vorgesehene Entsorgungsstelle ist dem AG auf gesondertes Verlangen mit dem Vordruck "Bieterangaben-Verzeichnis bei der Weiterverwendung von Baureststoffen" anzugeben

3.7 Winterbau

Entfällt.

3.8 Beweissicherung

Der AN ist grundsätzlich verpflichtet, eine umfassende Beweissicherung in der Umgebung des Baufeldes (50 m Abstand) für Straßen, Zufahrten, Lagerflächen, Gebäude und sämtliche Anlagen, die von der Baustelle beeinflusst oder in der Bauzeit in Anspruch genommen werden, durchzuführen. Nur mit schriftlicher Zustimmung des AG auf Antrag des AN kann auf diese Beweissicherung verzichtet werden. Die Leistungen für Beweissicherung werden über eine gesonderte Leistungsposition vergütet.

Alle im Bereich der Baustelle vorhandenen Vermessungspunkte und Höhenbolzen müssen erhalten bleiben. Werden Messpunkte durch Einwirkungen des AN zerstört oder verändert, so ist vom AN auf dessen Kosten Ersatz zu leisten.

3.9 Sicherungsmaßnahmen

Sind vom AN gemäß Vertragsbedingungen zu veranlassen.

3.10 Belastungsannahmen

Entfällt.

3.11 Vermessungsleistungen, Aufmaßverfahren

Die Bauabrechnung erfolgt nach den „Richtlinien der elektronischen Bauabrechnung“ (REB).

Die Abrechnungsunterlagen sind auf der Grundlage des (Handbuch für die Vergabe und Ausführung von Bauleistungen im Straßen- und Brückenbau“ (HVA-BStB) aufzustellen.

Soweit in einzelnen Positionen des LV's nicht anderes festgelegt ist, werden die in den „Technischen Bestimmungen“ vorgesehenen Aufmaßverfahren angewandt.

Wird **Silomaterial** (z.B. Betonersatz, RM/RC, etc.) verwendet, so sind die Materialtransporte nebst Lieferschein durch Kontrollwägungen nachzuweisen. Das Taragewicht des Silos und des Verarbeitungsaggregats belegt der AN anhand der technischen Beschreibung der Anlage.

Wenn das Silo antransportiert wird, ist eine Kontrollwägung des Transportfahrzeuges mit Silo durchzuführen. Unmittelbar nachdem das Silo auf der

Baustelle abgesetzt wurde, erfolgt die Kontrollwägung des Transportfahrzeuges ohne Silo.

Bevor weiteres Material ins Silo eingebracht wird, muss eine Kontrollwägung des Transportfahrzeuges mit dem anzuliefernden Material erfolgen. Unmittelbar nachdem das Material ins Silo eingebracht worden ist, erfolgt eine Kontrollwägung des Transportfahrzeuges ohne das abgelieferte Material.

Wenn das Silo abtransportiert werden soll, ist eine Kontrollwägung des Transportfahrzeuges ohne Silo durchzuführen. Unmittelbar danach nimmt das Transportfahrzeug das Silo auf und es erfolgt die Kontrollwägung des Transportfahrzeuges mit dem aufgenommen Silo. Alle Transporte an die Baustelle und von der Baustelle müssen in der Zeit von Montag bis Freitag zwischen 08:00 – 16:00 Uhr stattfinden und sind dem AG mindestens zwei Arbeitstage im Voraus schriftlich anzuzeigen. Kontrollwägungen finden im Beisein des AG statt. Jede Kontrollwägung hat der AN mit Wiegeschein, der dem AG unverzüglich im Original vorzulegen ist, zu dokumentieren.

Fehlende Kontrollwägungen bzw. Wiegescheine sind durch leicht prüfbare Aufmaße zu belegen. Zu diesem Zweck muss der AN die Oberfläche des eingebauten Materials durch ein engmaschiges Feinnivellement erfassen; in Verbindung mit der Vermessung der vorbereiteten Betonoberfläche dient dieses Vermessungsergebnis als Grundlage für die Abrechnung des eingebauten Materials.

Zeitaufwand und Kosten, die damit verbunden sind, gehen vorbehaltlos zu Lasten des AN.

Die Kontrollwägungen werden gesondert vergütet.

3.12 Prüfungen und Nachweise

Entfällt.

4 Ausführungsunterlagen

4.1 Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen

- Bestandsunterlagen (Bestands,- Schal,- Bewehrungsplan)
- Bewehrungsplan Spritzbetonschale LV-1001
- Verkehrszeichenplan Blatt Nr. 01 B41 AS Niederlinxweiler
- Verkehrszeichenplan Blatt Nr. 02 Vollsperrung B41 AS Niederlinxweiler

4.2 Vom Auftragnehmer zu erstellende bzw. zu beschaffende Ausführungsunterlagen

- Erläuterung des Bauablaufs, gegebenenfalls Einsatz von Spezialgeräten
- Baustelleneinrichtungsplan
- Bauzeitenplan
- Bestandsunterlagen
- Dokumentationsaufnahmen
- Eignungsprüfungen der zur Verwendung vorgesehenen Materialien/ Stoffe
- Ausführungsunterlagen gem. ZTV-Ing für alle Baubehelfe

4.3 Unterlagen, die beim AG einzusehen sind:

keine

4.4 Sonstiges

Bauzeitenplan

Dem AG ist unmittelbar nach Zuschlag ein detaillierter Bauzeitenplan vorzulegen. Der Bauzeitenplan ist bei Bedarf (z.B. bei Umstellung des Bauablaufs, bei Ausführung zusätzlicher Leistungen, etc.) zu aktualisieren, wenn notwendig auch wöchentlich.

Bauleitung des AN

Zur Durchführung der Maßnahme muss eine ausreichende technische Besetzung der Baustellen, mit für die jeweilige Art der Arbeiten ausreichend erfahrenen und qualifizierten Fachkräften durch den AN zugegen sein, sodass ein reibungsloser bautechnischer und terminlicher Ablauf der Maßnahme gewährleistet ist.

Bautagesberichte

Der Auftragnehmer hat Bautagesberichte zu führen und dem Auftraggeber täglich zu übergeben. Sie müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung des Auftrages von Bedeutung sein können.

Dies sind insbesondere:

- Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit,
- Witterung (Temperaturen, Niederschlagsmengen, Luftfeuchtigkeit),
- Anzahl und Qualifikation der auf der Baustelle beschäftigten Arbeitskräfte,
- eingesetzte Nachunternehmer/andere Unternehmer,

- Anzahl und Art der eingesetzten Großgeräte sowie deren Zu- und Abgang,
- Anlieferung von Hauptbaustoffen,
- Art, Umfang und Ort (Station, Bauteil) der geleisteten Arbeiten mit den wesentlichen Angaben über den Baufortschritt (Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfanges, Betonierzeiten und dergleichen),
- Behinderung und Unterbrechung der Ausführung,
- Arbeitseinstellung mit Angabe der Gründe,
- Unfälle und sonstige wichtige Vorkommnisse.

Verjährungsfristen

Es gelten die Verjährungsfristen aus den jeweils geltenden Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen sofern unter Punkt 5 der Besonderen Vertragsbedingungen nichts anders angegeben ist.

5 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen, die Vertragsbestandteil werden

5.1 Auflistung der anzuwendenden „Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen“

Folgende Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen in Ihrer neusten Fassung sind Vertragsbestandteil:

ZTV ING

ZTV Verm-StB 01

ZTV Pflaster-StB

ZTV FRS

ZTV M

ZTV SA

ZTV E-StB

ZTV So-StB

6 Hinweise zu den Positionen des Leistungsverzeichnisses

Allgemein

Unter „Unterlagen des AG“ ist die vorliegende Ausschreibung einschließlich aller Anlagen zu verstehen.

Ausführungsstatik, Standsicherheitsnachweise, Ausführungszeichnungen

Die Abmessungen im Ausschreibungsentwurf sind nach statischen Vorberechnungen ermittelt und dienen allein als Kalkulationsgrundlage für das Angebot. Die Querschnittswahl und die Bemessung der einzelnen Bauwerksteile müssen nach optimal wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen, sofern nicht Maße bereits zwingend vorgeschrieben sind (entfällt).

Der AG bestimmt im Einzelfall eine Überprüfung auf Wirtschaftlichkeit der Baukonstruktionen (entfällt).

Die Ausführungsunterlagen (Bauwerke) werden durch einen vom AG bestimmten Prüfenieur geprüft. Im Rahmen des Prüf- und Genehmigungsverfahrens sind die Ausführungszeichnungen vorab jeweils einfach dem Prüfenieur und dem AG vorzulegen (entfällt).

In jedem Fall ist die Freigabe für die Bauausführung durch den AG vor Baubeginn erforderlich.

Abnahme

Der AN hat im Zuge des Arbeitsfortschritts zu berücksichtigen, dass er den AG **mindestens eine Woche** vor dem Um- oder Abbau von Arbeitsgerüsten informiert, damit dem AG eine handnahe Prüfung abgeschlossener Teilleistungen leicht möglich ist. Erschwernisse, die für den AN damit verbunden sind, werden nicht gesondert vergütet.

Sollten besondere Prüfgeräte erforderlich sein, hat der AN den AG mindestens zwei Wochen vor Beendigung der Baumaßnahme zu informieren, um die Bauwerksprüfung des AG zu veranlassen.

Baustelleneinrichtung

Die Baustelleneinrichtungspauschale wird nach dem Aufbau der wesentlichen Geräte und Baubehelfe zu 2/3 fällig. Die Anweisung des Restbetrages erfolgt frühestens nach Erfüllung von wertmäßig 50 % der Vertragsleistung.

Bauwerksdaten

Die Übergabe der Bauwerksdaten an den AG hat spätestens mit der Anzeige der Baufertigstellung zu erfolgen.